

# Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-  
Annahme-Bureaus  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streissel,  
in Breslau b. Emil Rabath.

Annoncen-  
Annahme-Bureaus  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. T. Danck & Co.,  
Hasenstein & Vogler,  
Rudolph Mossé.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Nr. 122.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt 100 Pf. Mart, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 18. Februar  
(Erscheint täglich dreimal.)

Inserate 20 Pf. die abgeschaffte Zeitungs oder deren Raum, Neillamen die Zeitungs 50 Pf. sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erschienende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

## Depeschen über den Krieg im Orient.

## I. Vorgänge in den kriegsführenden Staaten.

Wien, 16. Febr. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Konstantinopel vom 15. d. gemeldet, die englische Flotte ankert seit gestern bei den Prinzeninseln. — Über die Haltung der Russen kursiren hier widersprechende Angaben, doch ist es Thatjache, daß die Russen den Vormarsch begannen zur Besetzung innerhalb der neutralen Zone in unmittelbarer Umgebung Konstantinopels liegender Positionen und sich innerhalb des Reichshüls von Konstantinopel einquartieren. Der Einmarsch in Konstantinopel scheint von dem Ergebnisse der zwischen dem russischen Armeekommando und dem Sultan schwedenden Verhandlungen abzuhängen.

Aus Petersburg wird vom heutigen Tage telegraphisch berichtet, daß der Zeitpunkt des Zusammentrittes des Kongresses noch nicht zu fixiren sei, da die erforderlichen Vorbereitungen mit den in Adria-nopel zu eröffnenden Friedensverhandlungen zusammenhängen und wohl zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen. Bei den sich täglich inniger gestaltenden Beziehungen zwischen der Pforte und Russland, welche in einem sehr lebhaften, freundschaftlichen, persönlichen Depeschewechsel zwischen dem Sultan und dem Kaiser Alexander ihren Ausdruck finden, sei es zu hoffen, daß das endgültige Friedensinstrument zwischen Russland und der Türkei bis zum Zusammentritte des Kongresses unterzeichnet sein werde.

Wien, 16. Februar. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Belgrad gemeldet, daß daselbst große Beifürzung über die geringe Berücksichtigung herrsche, welche Serbien in den Friedensbedingungen gefunden habe. Der Metropolit habe telegraphisch den Kaiser von Russland um größere Berücksichtigung gebeten. Der Ministerpräsident Ristic gehe nach Adrianopel, um mit dem General Ignatief zu konferieren.

Konstantinopel, 16. Februar. Die englische Flotte hat sich nach Mudania, etwa 40 Meilen von Konstantinopel entfernt, zurückgezogen, und zwar soll dies auf Wunsch des Sultans geschehen sein. — Namyl Pascha ist zurückberufen worden und begibt sich nicht nach Adrianopel.

Konstantinopel, 16. Februar. Der französische Botschafter, Fourrier, ist hier eingetroffen. — Die Russen haben einige Redouten der Position von Tschataldja besetzt, sind aber noch nicht weiter vorgerückt. — Der Sultan hat seine Residenz von Siliz Kiosk noch nicht verlassen. — S眉vet Pascha hat Instruktionen erhalten, um die Friedensverhandlungen in Adrianopel zu beschleunigen.

Petersburg, 17. Februar. Der „Agence Russse“ zufolge ist Befehl nach dem Hauptquartier abgegangen, daß Gallipoli von den russischen Truppen nicht besetzt werden soll.

## II. Internationale Beziehungen.

Konstantinopel, 16. Febr. Die englische Flotte verläßt ihren bisherigen Ankerplatz bei den Prinzeninseln und geht bei Gemlik in der Bucht von Mudania vor Anker.

London, 16. Febr. Das Panzerschiff „Raleigh“, welches am 13. d. unweit Tenedos auf den Grund gerathen war, ist nach der Regierung zugegangenen Nachrichten wieder flott gemacht worden, ohne Schaden gelitten zu haben.

Petersburg, 17. Februar. Die „Agence Russse“ erklärt die mehr oder weniger heunruhigenden wiener Telegramme der russischen Journales über das Verhältnis zwischen Österreich und Russland für gänzlich unbegründet.

Wien, 17. Febr. Die „Montagrevue“ meint, alle Mächte haben dem Kongresse zugestimmt, Russland weiche darin ab, daß es seinen Beitritt erst prinzipiell in Aussicht gestellt habe. Österreich befcrete den Kongress mit dem festen Entschluß, alle seine Interessen zu wahren und dem allgemeinen Friedensinteresse volle Rechnung zu tragen.

Petersburg, 16. Februar. Wie der „Golos“ erfährt, ist die Differenz zwischen Griechenland und der Türkei durch Vermittelung des russischen Staatsrats Onou in folgender Weise beigelegt worden: Die Türkei wird keine Schiffe nach dem Piräus und keine Truppen nach Thessalien und Epirus senden. Die griechische Regierung beruft ihre Truppen zurück und stellt die Feindseligkeiten ein. Die europäischen Mächte werden auf dem Kongresse die Ansprüche und Rechte Griechenlands und dessen Beziehungen zu den griechischen Unterthanen der Türkei regeln.

London, 15. Februar. [Unterhaus-sitzung.] Unterstaatssekretär Bourke erklärte auf eine Anfrage des Abg. Lewis, in der Regierung zugegangenen Berichten heißt es, daß die Russen einige Bolen hätten aufhängen lassen; eine Mitteilung dieser Berichte sei indes bis dahin unthunlich, wo die Regierung weitere Informationen erhalten haben werde. In Konstantinopel hätten sich Bolen mit der Bitte um Schutz an Layard gewendet, letzterer sei jedoch von der Regierung bedeutet worden, daß Ausländern der Schutz Englands nicht gewährt werden könne. Wohl aber sei es statthaft, Notleidenden gute Dienste zu leisten, um ihnen das Gelangen nach einem sicheren Ort zu ermöglichen. Auf die von Gladstone bereits gestern angekündigte Anfrage antwortete Schatzkanzler Northcote, über die speziellen österreichischen Interessen, von denen der Graf Andrassy dem Fürsten Goritschakoff am 30. v. M. Mitteilung gemacht habe, sei er nicht informirt. Auf mehrere von anderen Deputirten gestellte Anfragen erklärte Northcote ferner, er habe davon gehört, daß 1400 russische Matrosen an die Donau gesendet worden seien, wisse indes nichts davon, daß dieselben Bulgarien bereits passirt hätten. Die deutsche Regierung habe erklärt, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen nicht beabsichtige, einen Firmen zum Einlaufen deutscher

Kriegsschiffe in die Dardanellen nachzusuchen. Eine Antwort Russlands auf den Protest Englands betreffs der Besetzung von Konstantinopel sei nicht eingegangen.

Im Oberhause wurde seitens der Regierung eine Erklärung von Wichtigkeit nicht abgegeben.

London, 15. Februar. Die weitere heute veröffentlichte diplomatische Korrespondenz enthält u. A. folgende Altenstücke:

Lord Derby schreibt dem Botschafter Lord Loftus in einer Depesche vom 11. d. mit, er habe den Grafen Schwalloff um genauere Ausführungen gebeten darüber, ob der Einmarsch der Russen in Konstantinopel den Zweck habe, die Christen zu schützen, oder ob es Russland als Ehrensache betrachte, seine Fahne in Konstantinopel zugleich mit der Englands und der anderer Mächte zu sehen. — Am 13. cr. teilte Lord Derby dem Botschafter Lord Loftus die bereits bekannte Antwort des Fürsten Goritschakoff mit. Lord Derby hebt in der Depesche den Unterschied hervor zwischen der Entsendung der Flotte durch eine befreundete Macht und der Besetzung Konstantinopels durch feindliche Truppen. Letztere wäre eine Verleugnung des Waffenstillstandes und könnte Unordnungen hervorrufen. Derby schließt mit der Erklärung, die englische Regierung könne nicht zugeben, daß die Entsendung der englischen Kriegsschiffe und der Einmarsch der Russen in Konstantinopel in irgend einem Zusammenhange stehen. Letzterer Schritt sei weder durch eine militärische noch durch irgend eine andre Notwendigkeit geboten; die Folgen desselben könnten für die Bewölkung von Konstantinopel unheilbringend sein. — Eine weitere Depesche Lord Derby's an Lord Loftus vom 13. d. berichtet über eine Unterredung, welche Lord Derby am 13. d. mit dem Grafen Schwalloff hatte. Lord Derby erklärte dem Grafen, daß die englische Regierung ernstlich hoffe, die Russen würden keine Truppenbewegung gegen Gallipoli machen, noch irgend eine andere, welche die Verbindungen der englischen Flotte bedrohen könnte. In England würde man finden, daß eine solche Bewegung die Sicherheit der englischen Flotte bei der gegenwärtigen Lage der Dinge bedrohen könnte; er (Derby) würde keine Verantwortung für die Folgen übernehmen, die sehr ernst sein könnten.

## Deutscher Reichstag.

## 5. Sitzung.

Berlin, 16. Febr. 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Hofmann, Camphausen, Stephan, Kamele, v. Stoß und zahlreiche Kommissarien. In der Hostage der Großherzog von Baden.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. Thilenius und Binn: 1) Beabsichtigt die Reichsregierung dem Reichstage noch in gegenwärtiger Session a) einen Entwurf eines Leichenhauuges, b) einen Gesetzentwurf über die Anzeigepflicht bei ansteckenden und gemeinfährlichen Krankheiten, c) einen Entwurf eines Viehseuchengesetzes, vorzulegen? 2) Ist die Aufstellung einer Viehseuchentatstat für das Reich in Angriff genommen und wie weit sind die bezüglichen Arbeiten gediehen?

Abg. Dr. Thilenius: Am 8. Februar wurde aus gewichtigem Munde im preußischen Abgeordnetenhaus ein schwerer Vorwurf gegen die Unhäufigkeit der Reichsbehörden auf dem Gebiete des Medizinalwesens und der öffentlichen Gesundheitspflege erhoben und ausgeführt, daß dem Reichsgesundheitsamt die allerunentbehrlichsten Grundlagen für eine fruchtbringende Tätigkeit fehlen. Keiner meiner Fachgenossen ist darüber zweifelhaft, daß die Frage der Leichenhau auf das Allerdringlichste eine gesetzliche Regelung bedürfe. Anlässlich einer Petition von Ärzten in dieser Beziehung erklärte ein Regierungs-Kommissarius in der Kommission, daß zur Vorbereitung der Medizinalstatistik eine Kommission eingesetzt sei, welche eine obligatorische Leichenhau für notwendig gehalten und deren Grundzüge bereits festgestellt hat. Auch das Reichsgesundheitsamt betont in seiner Denkschrift die Notwendigkeit und Durchführbarkeit des Leichenhauuges; auch die Frage der Anzeigepflicht bei ansteckenden und gemeinfährlichen Krankheiten verdiene besonders bei Epidemien Berücksichtigung, einen Gesetzentwurf hält das Reichsgesundheitsamt aber nicht für notwendig. Das Viehseuchengesetz ferner ist eine Notwendigkeit für Deutschland, und eine Viehseuchentatstat die Grundlage für dasselbe. Ich bitte den Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts, uns die Gründe mitzuteilen, welche die Beschleunigung der Vorlagen im Wege sieben.

Reichskanzleramts-Präsident Hofmann: Auf Grund des Berichtes der vorbereitung der Medizinal-Statistik eingestellten Kommission beschloß der Bundesrat, das Reichskanzleramt zur Ausarbeitung der beiden, unter a) und b) genannten Gesetz-Entwürfe aufzufordern. Der Gesetz-Entwurf über die Anzeigepflicht wurde sofort ausgearbeitet und vom Bundesrat genehmigt, aber nur mit der Bedingung, daß er erst mit dem Leichenhaugetz zusammen dem Reichstag vorgelegt werden sollte. Über den letzteren Gesetz-Entwurf sind bereits Beratungen im preußischen Staatsministerium gesplogen. Ob es möglich sein wird, denselben noch in dieser Session vorzulegen, kann ich nicht bestimmt sagen; die Regierung wird jedenfalls alles thun, um den Wünschen der Interpellanten baldigst zu genügen. Es besteht allerdings in mehreren Einzelstaaten eine obligatorische Leichenhau, ohne daß eine Beschwerde erhoben worden ist. Ebe man das Gesetz anderwärts einführen kann, muß man die Verhältnisse, besonders der ländlichen Distrikte, und auch die Ansiedlungen und Gewohnheiten der Bevölkerung berücksichtigen. Ich möchte Sie also bitten, nicht so rasch auf einen Mangel an Interesse für die Gesundheitspflege bei der Regierung zu schließen. Im Bezug auf das Viehseuchengesetz sind die nötigsten Einleitungen getroffen, besonders in der preußischen Landwirtschaftliche Minister zur Aufklärung über die Erfahrungen in Preußen aufgefordert worden. Sobald das von ihm eingeforderte Gutachten der preußischen technischen Deputation für das Veterinärwesen eingegangen sein wird, soll die Ausarbeitung des Gesetz-Entwurfs erfolgen. Beihilflich der Statistik haben das statistische Amt und das Reichsgesundheitsamt erklärt, daß es zur Grundlage für die Viehseuchentatstat eines Gesetz-Entwurfs bedürfe.

Abg. Dr. Binn: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wenn seit Jahr und Tag als unbedingt notwendig erklärte Maßregeln trotz aller Zusicherungen unausgeführt bleiben, dann hat man wohl Anlaß zum Misstrauen. Die Schwierigkeiten dürften bei dem Finanzminister liegen, aber es ist keine weise Sparfamilie, wenn man Maßregeln nicht durchführt, ohne welche andere Gesetze, z. B. das preußische Viehseuchengesetz, nicht wirksam sein können. Was nützen alle Vorbenanungen gegenüber gemeinfährlichen Krankheiten, wenn kein Anzeigepflichtgesetz besteht? Es ist nicht rationell, planlos in den Gesetzgebungsfall hineinzufahren und nur das zu erledigen, was an der Stange hängen bleibt. Die Schuld liegt

auch mit daran, daß das Reichsgesundheitsamt an maßgebender Stelle zu wenig Einfluß besitzt und wir werden bei der Etatsberatung zu untersuchen haben, woran das liegt. Jedenfalls ist es hohe Zeit, daß man endlich diesen berechtigten Forderungen gerecht wird und daß im Bundesrat das Lied: Nur immer langsam voran, bis der preußische Finanzminister nachkommen kann - verstimmt.

Abg. Reichenberger (Krefeld): Die mit dem Impfgesetz gemachten trüben Versprecher müssen uns der vorliegenden Materie gegenüber etwas Nutzen machen, denn auch hier dürfte man bei der praktischen Ausführung auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Außerdem wird die praktische Durchführung der obligatorischen Leichenhau sehr kostspielig werden und wir dürfen den ohnehin überbürdeten Gemeinden nicht neue Steuern auferlegen.

Abg. Sommer: Mit dem in Aussicht gestellten Viehseuchengesetz für ganz Deutschland muß unbedingt eine Regulirung des Abschaffungsweises Hand in Hand gehen, da sonst das Gesetz fort und fort umgangen wird, wie wir es jetzt in Preußen erleben, wo man mit Brand verendete Thiere einfach als an Hirschtag, Lungenfieber usw. gestorben bezeichnet.

Abg. v. Hellendorff: Diese Ausführung beweist, daß die Regierung gut geladen hat, wenn sie sich zuwärts verhielt. Sie kann auf diese Weise die Erfahrungen verwerben, welche man in der Sache in Preußen und anderwärts gemacht hat.

Präsident Hoffmann: Der Vorwurf, daß die Regierung planlos vorgehe, wird dadurch widerlegt, daß sie erst die andernwärts gemachten Erfahrungen abwartet und berücksichtigen will. Der Abg. Binn irrt, wenn er in finanziellen Interessen die Haupthindernisse sucht. Diese waren keineswegs überwiegender.

Abg. v. Behr (Schmoldow) erfuhr das Reichskanzleramt, bei der Regulirung der Leichenhau sich mit allen den Staaten in Verbindung zu setzen, in welchen die obligatorische Leichenhau bereits eingeführt ist. Es werde sich dann zeigen, daß in einzelnen ländlichen Distrikten die Durchführung dieser Maßregel absolut unmöglich sei.

Abg. Dr. Löwe: Allerdings werden wir auch bei dem Leichenhau gesetz nur eine unvollkommen Einrichtung haben, aber dasselbe wird für die Gefamtheit außerordentliche Vortheile bieten. Die Medizinalstatistik über die kontagiosen Krankheiten wie Cholera, Podagra usw. wird sicher dadurch gewinnen, zumal derartige Todesfälle auch von Laien konstatirt werden können. Auch ich bin gegen eine Mehrbelastung der Gemeinden, aber darum darf die Gesundheitspflege nicht beschränkt werden. Notwendig ist es aber, daß die Regierung das über die Frage vorliegende Material sammelt, denn beim Impfgesetz sehen wir deutlich, wie schwer sich diese Unterlassung rächt.

Abg. Dr. Binn: Ich halte den Ausdruck planlos aufrecht, denn wir haben Gesetze gegeben, welche ein Leichenhauuges und ein Gesetz über die Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten voraussetzen. Daß es „nicht überwiegen“ finanzielle Bedenken gewesen sein sollen, welche der Reglung der Sache im Wege gestanden, beweist doch, daß finanzielle Schwierigkeiten erhoben worden sind. Dieselben sind aber hinfällig, da in den meisten Fällen bei der Leichenhau die Kosten von den betreffenden Familien bestritten werden.

Hiermit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Einlösung und Bräkflustion der von dem vormaligen norddeutschen Bunde ausgegebenen Darlehenslasten.

Abg. v. Bendix fragt an, wie es mit den Gesetzentwürfen über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und dem Oberrechnungshof stehe.

Präsident Hoffmann: Eine definitive Beschlusssfassung, ob diese Gesetze dem Reichstage in dieser Session vorgelegt werden sollen, ist noch nicht erfolgt; die Frage unterliegt noch der Erwürdigung.

Abg. Haezel möchte möglichst bald eine definitive Entscheidung; denn bei allen finanziellen Beratungen hat das Fehlen dieser Gesetze die größten Hindernisse bereitet und einen großen Zeitaufwand verursacht. Beabsichtigt der Bundesrat die Gesetze noch in dieser Session vorzulegen?

Präsident Hoffmann: Der Beschluss über diese Frage soll möglichst beschleunigt und sofort zur Kenntnis des Reichstages gebracht werden.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend das dem Reich gehörige in der Voßstraße in Berlin gelegene Grundstück.

Abg. Schröder (Friedberg): Auch für das in der Voßstraße belegene Grundstück muß die beschränkte Bestimmung des Gesetzes vom 23. Mai 1877 Platz greifen, wonach die Bestimmung über den Zweck dieses Grundstücks bis zur definitiven Entscheidung über die Baustelle für das Reichstaggebäude vorbehalten bleibt; denn nach diesem Gesetz sollten die Grundstücke der Deutschen Druckerei und das in der Voßstraße gemeinsam unter die Beschränkung fallen. Es liegt heute keine Veranlassung vor, das letztere Grundstück von der Beschränkung zu befreien, insbesondere da dieser Platz als Baustelle für das Reichsjustizamt, wie geplant wird, viel zu teuer ist. Ich glaube, daß es den Intentionen des Hauses auch heute noch entspricht, den Gesetzentwurf abzulehnen; eventuell beantrage ich, ihn an die Budgetkommission zu überweisen.

Ge. Reg. Rath Aschenborn: Die Ansicht, daß auch das Grundstück in der Voßstraße von der Beschränkung betroffen sein soll, ist eine durchaus vereinigte und hat bei der Beratung des erwähnten Gesetzes von verschiedener Seite Widerspruch erfahren. Der Abg. Wehrenpennig hat damals erklärt, daß wenn der Antag Reichenberger, der die Beschränkung wollte, in dieser Weise ausgelegt würde, dieser Antrag für ihn und seine politischen Freunde unannehmbar sei; da er aber anders ausgelegt werden könnte, so würde er für den Antrag stimmen. Die Natur der Sache ergibt auch, daß das Grundstück in der Voßstraße mit dem Arrest nicht belegt werden kann; sonst könnte dies in gleicher Weise auch mit allen übrigen Bauten geschehen. Ob die Bebauung in der Art, wie sie die Regierung beabsichtigt, zweckmäßig erscheint, ist eine andere Frage, die nicht hier, sondern bei dem betreffenden Gesetzentwurf zur Beratung kommen wird.

Nachdem noch die Abgeordneten Lucius und Bamberger für, der Abg. Reichenberger gegen den Gesetzentwurf gesprochen, wird der Antrag Schröder (Friedberg) auf Überweisung an die Budgetkommission abgelehnt, das Gesetz definitiv angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Haushaltsetats des Deutschen Reichs für das Etatjahr 1878/79.

Zur geschäftlichen Behandlung dieser Vorlage liegen folgende Anträge vor: 1. Abg. Dr. Niever, den Etat der Reichs-Post und Telegraphen Verwaltung für das Etatjahr 1878/79 — ausschließlich des außerordentlichen Etats an einmaligen Ausgaben — einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen; 2. vom Abg. Rieter der Budgetkommission zur Vorberatung zu überweisen vom Etat für das Reichsheer Kap. 24 (Geldverpflegung der Truppen) Kap.

25 (Naturalversorgung), Kap. 27 (Garnisonverwaltungs- und Servisewesen), Kap. 34 (Reisekosten und Ladegelder, Verpans- und Transportweisen), Kap. 37 (Artillerie- und Waffenwesen); vom Marine-Etat Kap. 51 (Militärpersonal), Kap. 52 (Indienststellung der Schiffe), Kap. 53 (Naturalversorgung), Kap. 60 (Werftbetrieb); den Etat der Post- und Telegraphenverwaltung; den Etat der Reichsschule Kap. 69 und 69a; von den Einnahmen Kap. 1 (Zölle und Verbrauchssteuern), Kap. 18 (Zinsen aus belegten Reichsgeldern), Kap. 19 (Außerordentliche Zuschüsse), Kap. 20 (Matrikularbeiträge); das gesamte Extraordinarium und den Entwurf des Etatsgeges; b) im übrigen den Etat in zweiter Lesung im Pleno zu berathen; 3) vom Abg. Grumbrecht: vom Kap. 3 der Ausgaben (Reichskommissariate) den Tit. 1 (Gehälter, Stationenzulagen) der Budgetkommission zu überweisen.

Präsident Hofmann: Sie werden kein glänzendes Bild von den Finanzen des Reiches erwarten und nicht überrascht sein, wenn statt eines Überschusses, wie er bisher in der Regel beim Ende der Finanzperioden in Aussicht genommen werden konnte, diesmal das Bedürfnis eines Zwischenberichts hervortreten wird. Schon der Abschluß der letzterverflossenen Rechnungsperiode vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877 hat den Beweis geleistet, daß die Zahl der letzten Jahre vorüber ist; er wird mit einem nicht bedeutenden Defizit von 1,200,000 Mark abschließen. Dieses Defizit verändert sich in einen kleinen Überschuß, wenn die einmaligen Mehrausgaben der Marinaverwaltung aus den Neubeständen dieser Verwaltung gedeckt werden, wie Ihnen die Reichsregierung vorschlägt. Weit weniger günstig, wie der Abschluß des Jahres 1876/77 wird sich der des laufenden Rechnungsjahrs stellen, denn es läßt sich jetzt übersehen, daß einerseits die Ausgaben bei verschiedenen Verwaltungszweigen den etatsmäßigen Anfang überschritten haben und überschreiten werden, während andererseits die Einnahmen in ihrer Gesamtheit in nicht unerheblichem Maße hinter den Ansprüchen des Etats zurückbleiben werden. Bei den fortlaufenden Ausgaben der Militärverwaltung hat sich ein Mehrbedarf von etwa 3,800,000 Mark herausgestellt. Davon sind 3 Millionen durch die höheren Naturalienpreise für die Brotdistribution und die Fourage der Truppen entstanden. Dieser Punkt ist für den nächsten Etat von hohem Interesse. Die Preise für Roggen, Hafer, Getreide und Stroh sind bedeutend gestiegen und zwar für den Bentner Roggen um 0,31, für den Bentner Hafer um 1,14, für Getreide um 0,38, für Stroh um 1,33 Mark. Weizen ist allerdings gegen den Etatsantrag um 0,60 Mark gefallen, aber der Weizenbedarf ist im Verhältnis zu den übrigen Artikeln sehr gering. Es kommen hierzu noch Mehrkosten für Transport- und Verpannleistungen, bei der Remontierung und für die Flurbereinigung bei Truppenübungen. So ist die Mehrausgabe der Militärverwaltung von etwa 3,800,000 Mark entstanden. Es stehen dem gegenüber Minierausgaben und Erspartnisse bei anderen Zweigen dieser Verwaltung, so daß bei dem preußischen Kontingent und den unter preußischer Verwaltung stehenden anderen Kontingenzen eine Mehrausgabe von etwa 2 Mill. Mark zu erwarten ist. Rechnet man dazu für das sächsische und württembergische Kontingent und für die an Bayern zu zahlende Nachtragsquote etwa 400,000 Mark, so würde bei den fortlaufenden Ausgaben der Militärverwaltung ein Mehrbedarf an 2,400,000 Mark entstehen. Bei dem Reichskanzleramt sind Mehrausgaben in Aussicht zu nehmen in Folge der durch den Ausbruch der Kinderpest im vorigen Jahre entstandenen höheren Kosten im Betrage von 1,200,000 Mark. In den fortlaufenden Ausgaben des Reichstages wird sich ein Mehrbedarf von 75,000 Mark ergeben, außerdem für die baulichen Veränderungen im Reichstagsgebäude eine außerordentliche Ausgabe von 300,000 Mark. Das Auswärtige Amt erfordert eine fortlaufende Mehrausgabe von 110,000 Mark. Die letzten drei Posten ergeben einen Betrag von zusammen 450,000 Mark. Demgegenüber stehen einige Erspartnisse aus den fortlaufenden Ausgaben des Reichskanzleramts in Höhe von 240,000 Mark, aus denen der Reichsjustizverwaltung 20,000 Mark, aus dem Allg. Pensionsfonds 200,000 Mark und aus den Zinsen für die Reichsschule 90,000 Mark. Im Ganzen sind also hier erwartet 1,360,000 Mark. Zieht man diese Summe von der Gesammsumme der Mehrausgaben, welche 4,085,000 Mark betragen, ab, so bleibt eine Mehrausgabe von 2,725,000 Mark. Die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern sind erheblich zurückgegangen. Aus den Zöllen haben wir eine Mindereinnahme von 9,876,000 Mark, bei der Rübensteuer eine Mindereinnahme von 7,046,000 Mark, dagegen bei der Salzsteuer eine Mehreinnahme von 379,000 Mark; bei der Tabaksteuer ist wiederum eine Mindereinnahme von 146,000 Mark zu konstatieren, ebenso bei der Brannesteuer und der Uebergangssteuer aus derselben 3½ Millionen und endlich aus der Brausteuer eine Mindereinnahme von 84,000 Mark. Es ergibt sich hier also abzüglich der Mehreinnahme aus der Salzsteuer eine Mindereinnahme von rund 20 Millionen Mark. Dieses Resultat ist nicht überraschend, wenn man auf andere Länder blickt. Der Bericht des Schatzreferats der Vereinigten Staaten Amerikas ergibt für das verflossene Jahr eine Mindereinnahme aus den Zöllen und Verbrauchssteuern im Betrage von 17 Millionen Dollars. Bei der Wechselseitsteuer werden wir eine Mindereinnahme von 375,000 M. zu konstatieren haben. Die Post- und Telegraphenverwaltung sowie die Reichsbahnverwaltung werden nicht voll die Ansprüche erreichen, sie werden eine Mindereinnahme von je 1½ Millionen, also von zusammen 2½ Millionen M. erzielen. In der Gesammsumme bejaht sich also die Mindereinnahme auf 22,875,000 M. Dem gegenüber stehen einige Mehreinnahmen und zwar aus Überschüssen und Erspartnissen aus dem Jahre 1875 2,593,000 M., aus den Zinsen für belegte Reichsgelder 1,190,000 M. und aus versiegelten Titeln 70,000 M., also im Gesamtbetrag von 3,853,000 M. Zieht man diese Mehreinnahmen von den Mindereinnahmen ab, so bleiben an Mindereinnahmen 19,022,000 M., welche zusammen mit den Mehrausgaben im Betrage von 2,725,000 M. ein Defizit von 21,747,000 M. ergeben. Hierzu kommt noch eine außerordentliche Ausgabe von 4,650,000 M., welche entstanden ist aus der Verstärkung der Friedensgarnisonen in Eliaz-Volbringen und die dadurch verursachte Verlegung von Truppenteilen dorthin. Die Reichsregierung schlägt Ihnen vor, diese Beträge nicht durch die laufenden Mittel, sondern im Wege des Kredits zu decken. Der Entwurf für 1878/79 ist in seiner ganzen Konstruktion dem für das laufende Jahr nachgebildet; nur zwei neue Spezialabfests sind eingefügt. In Betreff der einzelnen Abweichungen von den Positionen des vorigen Etats beziehe ich mich auf die betreffenden erläuternden Bemerkungen der Spezialabfests. Das Hauptresultat ist folgendes: Der vorliegende Etat ergiebt gegen den vorigen eine Mindereinnahme von 16,923,751 M. und eine Mehrausgabe von 11,466,096 M., also ein Defizit von 28,459,847 M. Bei der M. e. r. a. s. g. a. b. e. n. sind die Hauptposten folgende: In der Militärverwaltung 4,262,000 M. in der Marineverwaltung 3,550,000 M., in der Verwaltung der Reichsschule 3,301,000 M. Von dem Mehrbedarf der Militärverwaltung fällt der größte Theil, nämlich 3,295,453 M., dem Umstande zur Last, daß höhere Durchschnittspreise für die Naturalienlieferungen in Aussicht genommen werden müssen. Der Rest fällt auf Formationsänderungen, Gehaltszulagen und sonstige Bedürfnisse. Der Mehraufwand in der Marineverwaltung ist darin begründet, daß die Marine nach Maßgabe des Flottengründungsplanes sich jedes Jahr erweitert, wodurch mittelbar weitere Bedürfnisse für die Verwaltung entstehen. Bei der Verwaltung der Reichsschule endlich erklärt sich der Mehrbedarf daraus, daß die vierprozentige Anleihe bis auf ungefähr 3 Millionen vollständig begeben worden ist, und einen höheren Bedarf an Zinsen beansprucht. Dieses Bedürfnis erhöht sich noch, wenn für das nächste Etatsjahr eine Anleihe von denselben Beträgen aufgenommen wird, und hierzu die Zinsen der Schatzanweisungen treten. Die Mindereinnahmen resultirten hauptsächlich daraus, daß etwa 1½ Millionen Ausfall an Überschüssen aus früheren Jahren in Ansatz gebracht werden mussten. Die Reichsregierung hält es nicht für gerechtfertigt, wie in vorigen Jahren, einen Zuschlag wegen Zunahme der Bevölkerung einzustellen. Wenn Sie den Etat im einzelnen prüfen, werden Sie finden, daß die Reichsregierung keine Ausgaben eingesetzt hat, ohne Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs. Dieselben sind entweder durchaus nothwendig, oder wo dies nicht absolut der

Fall ist, von geringen Beträgen und zu nationalen Zwecken gebogen. Die Reichsregierung schlägt Ihnen vor, diesesmal das Defizit von 28 Millionen Mark nicht durch Erhöhung der Matrikularbeiträge, sondern durch Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs zu decken. Ich schließe mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß es dem ersten Eifer aller Faktoren der Gesetzgebung gelingen werde, nicht bloß über die Höhe des Defizits, sondern auch über die Mittel zu dessen Deckung ein Einverständnis zu erzielen.

Abg. Richter (Hagen): Wir beabsichtigen, die Debatte nicht über den Rahmen des Budgets selbst auszudehnen; denn über die orientalische Frage soll ja nach des Herrn Präsidenten Ankündigung am Dienstag besonders verhandelt werden. Auf politische Organisationsfragen brauchen wir um so weniger einzugehen, als unsere Ansicht von der Finanzlage dieselbe bleibt, mögen sich in der obersten Organisation Änderungen personeller oder organisatorischer Art vollziehen oder nicht. Die Steuervorlagen, die heute nicht zur Debatte stehen, brauchen wir nicht zu berühren im Einzelnen, wie sie unserer Ansicht nach aus diesem Budget nicht in rechtsgültigen sind. Vergleichen wir diesen Etat mit dem pro 1872, dem ersten Etat des neuen Reiches, so ergiebt sich, daß die Einnahmen hinter den Ausgaben nur um 13 Millionen zurückgeblieben sind. Die hier in Ansatz gebrachten Matrikularbeiträge übersteigen daher die pro 1872 nur um 13 Millionen, oder nach Abrechnung der in den Matrikularbeiträgen stehenden Überßen Süddeutschlands für Brax- und Brautweinsteuern nur um 7 Mill. Inzwischen haben allein die norddeutschen Staaten 439 Mill. aus der französischen Kriegskontribution erhalten und könnten dieselben theils zur Schuldenentlastung, theils zu Eisenbahnbauten verwenden. Sie wären daher jetzt fähiger als früher, höhere Matrikularbeiträge zu zahlen, zumal sie diese großen Summen auch nach der Kopfzahl empfangen haben. Noch in den letzten Wochen hat eine bis dahin unvorhergesehene Vertheilung von 20 Mill. stattgefunden. Indes Niemand wird glauben, daß der Etat dieses Hauses mit 100 neuen Millionen Matrikularbeiträgen verlassen wird, wie es dasselbe betreten hat. Das angebliche Defizit war offiziell zuerst auf 40 Mill. berechnet, beträgt jetzt nur 28%; im vorigen Jahr war es 26, davor 15; 1875 25 Mill. Es ist bisher noch immer gelungen, dasselbe verschwinden zu machen, ohne sonderliche Mehrbelastung. Man kann dem Reichstage nicht vorwerfen, devastirende Finanzpolitik getrieben zu haben. Der Invalidenfonds erweist sich trotz der im vorigen Jahre überwiesenen neuen Ausgaben schon wieder als zu groß. Wir werden daraus, wenn wir die Bilanzierung bis auf das nächste Jahr verschieben, alle bisher aufgenommenen Anleihen tilgen können, ohne seinen Zweck zu beeinträchtigen. Ich muß nun das angebliche Defizit von 28 Millionen etwas zurechtschaffen. Redner weist nach, daß die Zuckertaxe im laufenden Jahre in Folge der letzten geringeren Rückenernte, großer Ausfuhrbonitätsnoten und geringerer Einfuhren allerdings 15 Millionen weniger eingetragen, daß aber gerade die Ernte von 1877 mit einem Plus von 12,000,000 Rükken für den neuen Etat 10,000,000 mehr verspreche. Statt dessen habe die Regierung unter Annwendung einer veränderten Berechnungsweise die Zoll- und Verbrauchssteuern um 7½ Millionen niedriger veranschlagt. Die orientalische Frage gewinnt in diesem Augenblick einen akuten Charakter; entstanden daraus tiefere Verwicklungen, so verlieren die jetzige Etatsaufstellung überhaupt ihre Grundlagen und weber höhere Matrikularbeiträge, noch höhere Steuern seien am Platze, nur außerordentliche Mittel könnten dann ergriffen werden. Schließe diese Frage dagegen friedlich ab, so würden dadurch die Unterlagen des Budgets mehr verbessert, als durch alle Arbeiten der Budgetkommission. Wie die Dinge in Uebrigen liegen, könnte man durch Einstellung des bisherigen Betrages an Zoll- und Verbrauchssteuern die Bilanz um 7½ Millionen verbessern. Dazu kommen noch 1½ Millionen, wenn der Bundesrat die städtische Bevölkerung im Freihafen Gebiet von Hamburg und Bremen mit einem dem wirklichen Verbrauch der Bevölkerung dafelbst an Kaffee, Zucker u. s. w. entsprechenden Aversum heranziehe. Redner führt weiter aus, daß in diesem Etat bei den Bauten der Militär- und Postverwaltung 3 Millionen mehr aus laufenden Mitteln und weniger aus Anleihen gedeckt würden, als im Vorjahr. Wenn man bei wenig günstigen finanziellen Verhältnissen gleichwohl große außerordentliche Bauaufwendungen vornehme, so müsse man umgekehrt Anleihen stärker heranziehen, als in anderen Jahren. Minister Hofmann habe aus der ungünstigen Zuckertaxe von 1876 Mindereinnahmen pro 1878 gefolgt, obwohl gerade die neue Ernte pro 1877 besser ausgefallen. Ebenso folgere man aus hohen Roggen- und Fouragereisen einen Mehrbedarf für Naturalversorgung der Armee, obwohl inzwischen Roggen und Hafer erheblich billiger geworden. Redner weist nach, daß die Militärverwaltung pro erstes Semester 1878 billigere Preise für den Verkauf überflüssiger Nationen publiziert hat, als sie im Etat für den Einkauf beansprucht. Lehne man auch die Mehrforderung für Naturalversorgung mit 3 Millionen ab, so ergäben die bisherigen Ausführungen schon 14 Millionen von den verlangten 20, ohne Beschränkung von Verwendungen, nur durch größere Rücksicht der Berechnungen. Aber auch materiell seien gewisse Einschränkungen der Ausgaben angezeigt. Durch Anpassung an die gestiegenen Preise sei der Militäretat von 1872 bis 1878 um 80 Mill. Mark oder 33½ Prozent im Ordinarium gestiegen. Jetzt, bei sinkenden Preisen, reduziere man die Fonds nicht entsprechend und bafe desto gräßliche Vorräthe an. Wir sollen jetzt schon Geld hinzeholen für den Zeitpunkt, wo die eben den Truppen übergebenen neuen Mäutergewehre durch andre reißt werden sollen. Den Erlösß. verlaufe Bindnadelgewehre gerade 1877 beträchtlich — finden wir nicht verrechnet. Die Offiziere sollen jetzt die doppelte Kommandoalouage im Kontonement erhalten. Wenn das nicht geschiehe, würden folgenschwere Derangements den Bestand des Offiziercorps verringern und vom Betreten dieser Laufbahn abtreten, heißt es in den Moiven. Nur würde aber jene Verdopplung für jeden Offizier durchschnittlich nur ein 20-Markstück ausmachen: dieses fehlende Stück kann doch nicht solche Folgen haben. (Heiterkeit.) Es handelt sich eben darum, mit solchen Aufsässerungen nicht vereinzelt, sondern nur systematisch nach längeren Perioden, in guten Jahren, vorzugeben. Die Präsenzstärke der Armee ist durch Gesetze festgestellt und Erspartnisse nach dieser Richtung sind somit ausgeschlossen. Die Marine trägt zur Vermehrung des Ordinariums mit 3½ Mill. beinahe ebenso viel bei, wie die Armee. Seit 1872 ist das Marineordinarium von 11 auf 25 Millionen Mark gewachsen. Der Umfang der Indienststellung der Schiffe trägt zur neuen Steigerung besonders bei; die Kosten für dieselbe sind jetzt schon größer als sie nach Durchführung des Flottengründungsplanes nach 1882 sein sollten; das Personal wird übermäßig angestreckt. Die seemannsche Bevölkerung kann der verstärkten Aushebung nicht folgen; die Schiffe werden rasch ausgerüstet. Die Indienststellung hängt nicht mit der orientalischen Frage zusammen. Statt 2 Korvetten und 1 Kanonenboot, nach dem Flottengründungsplan, sollen wir in Ostasien und Australien jetzt 8 Korvetten und 5 Kanonenboote stationiren. Wir haben uns nicht am Wenigsten für Deutschlands maritime Entwicklung interessirt und empfinden Genugthuung darüber, Deutschland nicht mehr der Unbilde jedes kleinen Raubstaates ausgesetzt zu sehen; aber est modus in rebus. Wir können nicht zugleich 400,000 Mann Landsoldaten fortgesetzt unterhalten, und die Marine über ein beschiedenes Maß hinaus ausdehnen. An der internationalen Meerespolizei wollen wir uns beteiligen, jedoch der auswärtige Handel mit halbbarbarischen Völkerschaften kann nun einmal nicht, wie es dem Ideal unserer Konföderation entsprechen mag, durch Korvetten und Kanonen so geschützt werden, wie der Handel in den Straßen von Berlin. (Heiterkeit.) In der Zivilverwaltung des Reiches sind die schönen Zeiten längst vorbei, wo man mit 4 vortragenden Räthen und 2 Hilfsarbeitern im Reichskanzleramt auskommt. Gleichwohl sind damals vielfach bessere Gesetze vorbereitet worden, als heute. Wir haben es nicht abgelehnt für besondere Zwecke neue Reichsämter zu schaffen; aber der Enthusiasmus für Schaffung neuer Behörden geht zu weit. Unsere Reichsbürokratie zählt schon nach Hunderten an Köpfen; gleichwohl wird in diesem Etat fast auf jeder Seite ein neuer Geheimrath gepflanzt, und zu jedem neuen Geheimrath gehört natürlich auch ein neuer Sekretär und ein neuer Kammerdiener. Jeder neue Beamte ruft schon durch seine bloße Existenz neue Schreiberei hervor. (Große Heiterkeit. Sehr gut!) Das neue Zivilkabinett des Reichskanzlers wird auch die Schreiberei nicht vermindern und die persönliche Stellung der Inhaber der obersten Reichsämter heben. — So weit durch Streichungen nach den angekündigten Richtungen die Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht vermieden werden kann, werden wir auf Bestände der Kriegskontribution zurückgreifen können. Da gibt es noch verwendbare Deutel in einzelnen Fällen, über deren Natur sich Herr Minister Hofmann, wie er sich vorgestern ausdrückte, noch nicht vollständig klar hat werden können. Redner führt mehrere solcher Fonds an und kommt dann auf die große neue Entdeckung der 28 Millionen Erspartnisse aus den Verpflegungsgeldern der Okkupationsarmee zu sprechen. Man kann nicht verlangen, daß wir uns hier bei dem Defizit abmühen, während die Vorlage mit den Erspartnissen im Bundesrat zurückgehalten wird. Hat dann die ungünstige Seite des Budgets ihren Zweck erfüllt, so präsentiert man uns die Erspartnisse für milde Stiftungen zu Offizierskasinos und Dienstwohnungen kommandirender Generale. Zum mindesten die aufgelaufenen Zinsen jener Erspartnisse gehören schon gesetzmäßig auf diesen Etat und reichen mit allen übrigen namhaft gemachten Beträgen aus, eine Erhöhung der Matrikularbeiträge überflüssig zu machen. Die Finanzpolitik der Regierung leidet an zwei falschen Grundausstellungen. Sie betrachtet die ungewöhnliche Ausgabezeitung der Befreiungsgeldern als organisch fortlaufend in der Zukunft und hält ebenso die aus besonderen Verhältnissen folgende Stagnation der Einnahmen für etwas Normales. Wir leugnen Beides und betrachten die augenblickliche Knappheit nur durch eine Komplikation vieler ungünstiger Momente herbeigeführt. Diese Ansicht ist nicht das Ergebnis einer Parteikritik; wir haben nicht zwei Brillen, durch die wir je nachdem die Situation einmal rosig, das andere Mal schwarz ansehen. Mögen an dem Ministerial die Herren Camphausen und Hofmann sitzen oder die Herren — x und y (Heiterkeit), wir sehen die Finanzlage darum nicht verschieden an. Bis vor einigen Jahren war unter dem Eindruck der äußeren Erfolge und der Milliarden ein Optimismus vorherrschend, der meinte, nun könne Deutschland nichts mehr fehlen; das Geld liege auf der Straße, man brauche es nur aufzunehmen. Nun ist der Optimismus in Pessimismus umgeschlagen. Man glaubt, Deutschland könne sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen durch sich selbst nicht anders herausarbeiten, als mittels staatlicher Zwangsmaßregeln, durch Schätzölle, Gewerbe- und Polizeibeschränkungen. Auch diese Strömung bekämpfen wir sachlich, bald an der Seite der Regierung, bald, wenn sie folgenden Strömungen zu unterliegen droht, im Gegenteil zu ihr. Dieser Pessimismus ergreift nun auch die Finanzpolitik. Wie es Leute giebt, welche glauben, Schätzölle und Gewerbegefege könnten neue Produktionskräfte erschließen und den Volkswohlstand heben, während dergleichen die vorhandenen Werthe nur zu deplaciren vermögen, so scheint es jetzt auch Leute zu geben, welche meinen, neue Steuern könnten Mittel eröffnen, die sonst gar nicht vorhanden sind. Alle Steuern müssen aber aus dem Volkshaushalt, dem Arbeitsvertrag vorweg entnommen werden. Je mehr Steuern, desto weniger behält der einzelne für sich; aus einem und demselben Vorlemonnate, wenn auch bei verschiedenen Gelegenheiten, sind alle Steuern zu bezahlen. Unter denjenigen, die jetzt neue Steuern projektiiren, sind die Herren, die gegenwärtig hinter dem Regierungstisch sitzen, noch gar nicht die idollämmsten. (Heiterkeit) Die freiwilligen Erfinder neuer Steuern fürchten ich am meisten. Jede Post bringt mir Broschüren und Prospekte über neue Steuern. Nachgerade muß man sich schon gegen persönliche Besuche von Leuten schützen, die neue Steuern erfunden haben. (Heiterkeit) Vorgestern besuchte mich jemand, ein solider respektabler Herr, der hatte nicht weniger als drei neue Steuern, jede a 100 Millionen Mark Ertrag, erfunden. Er schien mir durchaus selbstlos, denn er verlangte nicht einmal, für seine Erfindung Reichsfinanzminister zu werden. (Heiterkeit) Wie ein Kind sein Spielzeug auf den Tisch stellt, so schlägt man Monopole oder Fabrikatssteuern vor, als sei dies die unschuldigste Sache von der Welt. Was andere Staaten unter dem Druck schwerer innerer und äußerer Kriege, unter den Last von Milliarden Staatschulden, am Rande des Staatsbankrotts zugleich mit der Papierwährung sich auferlegen müssten, sollen wir als das Milliardenreich uns freiwillig, gleichwie als einen Kopfschmuck anlegen. Man glaubt tabula rasa vor sich zu haben und ignoriert die Industrie, die sich auf Grundlage der bestehenden Gesetze in großer Ausdehnung gebildet hat. Durch eine Reichseisenbahnprojekt greift man in alle Eisenbahnverhältnisse störend ein und läßt es dann wieder als aussichtslos fallen, um ein nicht minder in eine große Industrie einschneidendes Steuuprojekt aufzunehmen. Ja, nachdem der Bundesrat diese beiden Steuergesetze an uns abgesandt, ist bereits wieder eine neue Kommission eingesetzt worden, um zu erörtern, inwieweit der Tabak noch darüber hinaus mit Steuern belastet werden kann. Solche Verwirrung ist bereits angerichtet, daß, wenn diese Gesetze wirklich in Stand kämen, die Steuern dann für lange Zeit nicht in die Reichskasse, sondern in die Taschen von Spekulanten bezahlt werden würden, die bereits große Vorräthe eingeführt haben. Es soll in Berlin Spekulanten geben, die bis zu 30,000 Kr. Tabak auf Lager haben, um daran a 10 Thaler zu verdienen und sich zur Ruhe zu legen. In Mannheim ist die Spekulation derart sieberhaft, daß sogar Hopfenhändler schon Tabak auf Lager legen. (Heiterkeit) Nächstens werden sich Depositionen von Tabaksinteressenten melden, mit der Bitte, um Gotteswillen die Tabakssteuer anzunehmen, damit ihre Spekulation auf die Taschen der Steuerzahler gelinge. Nun sagt man, Steuerreform wolle man; aber dieser schönen Maß trauen wir nicht; wir werden ihr überhaupt kein Begegnen schwer ins Auge sehen, um zu erkennen, wieviel Reform und wieviel Steuererhöhung dahintersteckt. Was uns bis jetzt in dieser Umstellung begegnet, war einige % Reform, im Uebrigen seiner Tendenz nach halbe Steuererhöhung, namentlich der kleineren Leute, halb Einschränkung des Einnahmebewilligungsrechts des Reichstages. Eine abstrakte Sehnsucht nach Steuerreform bestehen wir unter diesen Zeithälften am wenigsten. Wir wollen lieber als Steuerhöhungen unter dem Titel Reform die alten Steuern behalten. Jede alte Steuer ist als alte Steuer weniger drückend, während jede neue Steuer als neue Steuer, selbst wenn sie an und für sich besser ist, in der ersten Zeit einseitig drückt, namentlich wenn sie einzelne Industriezweige erfaßt. Unsererwegen brachte über die bei dem neuen Steuervorlagen demnächst nicht einmal die Leitung stattzufinden, denn wir vermögen aus diesem Budget kein Bedürfnis zu einer Steuererhöhung zu erkennen, weder diesem Ministerium noch einem andern Ministerium gegenüber. (Beifall.)

(Schluß folgt.)

## Brief- und Zeitungsberichte. Berlin, 17. Februar.

— Montag, Dienstag und Mittwoch finden am kaiserlichen Hofe die vielbesprochenen Vermählungsfeierlichkeiten statt. Heute (Sonntag) sollte in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin, sowie der älteren Familienmitglieder der Familie des Kronprinzen und der Kronprinzessin, des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl, des Großherzogs und der Großherzogin von Oldenburg und des Herzogs von Sachsen-Meiningen, die Unterzeichnung der Ehesachen der Prinzessin Charlotte von Preußen und der Prinzessin Elisabeth von Preußen und des Großherzogs von Oldenburg durch die beiden Brautpaare, sowie durch die anwesenden Mitglieder des kgl. Hauses und der anderen Fürstlichen Häuser und durch den Minister des kgl. Hauses, Staatsminister Frhrn. v. Schleinitz erfolgen. Der standesamtliche Akt, welcher der kirchlichen Einsegnung vorzugehen hat, wird, wie die "N. Pr. Blg." mittheilt, am Montag durch den Minister des kgl. Ha

an Charlotte und den Erbprinzen von Sachsen-Meiningen, beide Male in Gegenwart der fürstlichen Väter als Zeugen. Die kirchliche Einsegnung findet Montag Abends in der Schlosskapelle durch den Ober-Konsistorialrat Dr. Kögel statt, nach derselben „Bereonimentafel“ und der „Fackelzam der Staatsminister“, an welchem, wie die „R. B.“ hört, auch der Reichskanzler Fürst Bismarck teilnehmen wird.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Februar.

r. Geh. Ober-Postrat Wiebe aus Berlin ist hier eingetroffen.

Der Reichstagsabgeordnete v. Dzialowski, Vertreter für Neustadt-Carthaus, ist, wie die „Gaz. Tor.“ meldet, am 16. d. Mts. mit Tode abgegangen.

Zur Beratung über die Einführung einer Kreisordnung für die Provinz Posen findet am 26. d. M. unter Vorsitz des interimistischen Ministers des Innern Dr. Friedenthal in Berlin eine Konferenz statt, an welcher die Herren Oberpräsident Günter, die Oberregierungsräthe Freiherr v. Massenbach (Posen) und Hahn (Bromberg), mehrere Landräthe, Landtagsabgeordnete und sonstige Vertrauensmänner aus der Provinz Posen teilnehmen.

Ein Geldbrief mit einem Inhalte von 4372 M. ist dem Sohne eines biegsigen Kaufmanns, als er denselben auf die Post tragen wollte, verloren gegangen. Eine Belohnung von 150 M. ist auf die Wiederbeschaffung des Briefes ausgeschrieben worden.

Durch Kohlendunst ist in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag in Folge zu frühzeitigen Schließens der Fensterklappe eine Witwe auf der Wallstraße ums Leben gekommen.

## Telegraphische Nachrichten.

Leipzig, 15. Februar. Der Verwaltungsrath der Leipziger Bank hat die Dividende pro 1877 auf 5% Prozent festgesetzt.

Nom, 16. Februar. Am nächsten Montag halten die Kardinäle die letzte Sitzung als Kongregation ab und ziehen sich sodann in die für sie bestimmten Räumlichkeiten zurück. Am Dienstag früh beginnen die Arbeiten des Konklave. Die Mehrzahl der Kardinäle soll darin übereinstimmen, die Entscheidung so zu beschleunigen, daß die Wahl des Papstes binnen 5 oder 6 Tagen vollzogen sein dürfe. — Der Camerlengo teilte gestern den Verwandten des verstorbenen Papstes das Testament derselben mit, dessen Inhalt bereits gemeldet ist. — Die „Italia“ bezeichnet die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die Minister über die Reformen, besonders über die Reform des Wahlgesetzes uneinig wären und daß der Minister des Innern die Ernennung von 100 Senatoren beabsichtige, als unbedrängt.

Washington, 16. Februar. Der Senat hat die Bland'sche Silberbill bei der definitiven Abstimmung, welche heute früh 5 Uhr erfolgte, mit 48 gegen 21 Stimmen angenommen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasmann in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 157. k. preuß. Klassen-Lotterie.  
(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 16. Februar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

2 (300) 6 16 64 122 30 63 210 26 65 95 336 509 26 (600) 39  
79 84 614 738 40 884 910 61. 1032 56 99 113 20 27 (300) 79  
206 313 46 70 27 414 548 50 62 92 618 750 855 61 944 53 99.  
2010 79 103 (300) 9 80 97 374 441 84 511 20 625 39 90 781 830  
58 905. 3014 118 (300) 96 275 (300) 313 19 445 545 601 21 30  
38 45 714 (300) 860 (600) 4106 267 341 435 631 722 66 858  
99 954 74 83 88 (1500). 5026 (1500) 157 62 66 250 307 12 60 420  
68 528 36 (600) 69 625 78 (1500) 775 93 913 93. 6033 (300) 53  
69 111 16 99 219 50 318 (600) 26 27 36 50 412 30 705 (1500) 805  
(300) 69 92 900 (300) 5 71 97. 7007 (300) 101 3 9 34 47 74 94 258  
323 (600) 39 (300) 96 407 31 (300) 65 521 35 53 68 638 79 703  
821 24 55 936 45. 8086 130 (300) 35 55 73 82 211 17 41 77 97  
360 66 404 (300) 39 74 (300) 80 (600) 82 527 663 91 742 98 824  
34 919 85. 9071 94 (600) 96 106 (1500) 29 (300) 61 222 (600) 368  
70 77 422 65 85 510 14 54 65 92 (1500) 604 9 91 (300) 795  
814 939.

10,098 (300) 135 223 32 53 350 (600) 95 98 (3000) 404 69 71  
515 37 69 619 (300) 77 82 711 95 803 (3000) 56 90 940 49 62.  
11,031 (1500) 46 (300) 56 153 364 91 510 16 81 662 82 707 (300)  
87 907 (300) 38. 12,067 109 (300) 31 (300) 219 (6000) 25 300 17  
86 (600) 436 59 (300) 87 98 514 19 37 69 76 600 11 22 49 (300) 68  
721 (600) 23 26 37 860 79 84 981. 13,000 (300) 60 113 (6000) 22  
51 60 78 (300) 79 373 400 87 500 4 31 632 57 734 840 945.  
14,069 79 (600) 84 131 (600) 44 209 (300) 71 305 50 79 95 406  
(300) 28 61 (1500) 65 546 (300) 58 659 77 712 31 38 59 68 93 (600)  
839 (300) 67 942 49 61 (300) 76. 15,014 (300) 23 39 (1500) 64 109  
46 71 215 (300) 35 301 61 483 500 (1500) 2 (300) 3 20 46 602 19  
83 739 825 41 42 (1500) 947 49 58. 16,084 167 208 350 55 (300)  
73 75 (300) 438 91 55 218 41 81 82 602 (300) 13 21 28 72 701  
(300) 3 8 (300) 49 809 28 41 81 930 36 56 60 96. 17,012 27 106  
258 (300) 349 424 (300) 32 91 93 (600) 555 66 72 77 615 (300) 40  
49 824 78 80 (600) 911 34 76 94. 18,084 127 38 41 54 (600) 74  
(300) 84 325 402 25 580 99 612 89 95 716 33 42 815 19 31 88  
92 916 38 65 (600). 19,038 55 72 (300) 106 24 48 51 (300) 71 276  
2 83 328 63 473 605 (300) 59 70 74 (1500) 717 69 832 39 87  
901 (600) 6 17 59.

20020 92 99 159 205 17 49 96 420 30 41 508 43 77 98 (300)  
633 93 97 737 92 818 (300). 21012 (300) 70 98 140 64 92 97  
208 26 56 98 372 89 (300) 98 491 98 509 (300) 38 618 87 90  
788 838 70 73 911 30 (300). 22004 71 (600) 89 130 (300) 65 268  
75 393 (300) 418 60 98 518 41 (300) 641 80 738 845 (300)  
912 89. 23003 (600) 30 112 17 287 89 95 440 (6000) 516 17 55  
82 622 32 35 72 77 86 702 4 31 37 85 823 43 54 62 82 907 26  
73 (1500) 93 94. 24034 48 125 85 232 59 427 (300) 55 60 65  
516 610 44 72 703 60 847 58 900 (600). 25041 107 22 56 69  
220 47 351 (300) 54 77 89 403 9 (600) 16 (300) 22 49 63 67 569  
87 98 644 84 711 71 (300) 93 855 59 75 82 915 84 (1500).  
26043 102 56 318 43 415 (300) 49 82 620 707 23 29 34 53 809  
59 942 (600) 44. 27052 (300) 231 55 96 (300) 330 66 426 46  
512 15 49 (600) 70 86 (300) 652 719 44 82 819 51 81 910 32.  
28103 (1500) 15 17 (3000) 20 203 75 342 77 93 (300) 477 534  
672 734 42 69 (600) 81 837 (1500) 42 (300) 57 93 902 80  
83 92 96. 29082 133 42 81 87 (300) 273 316 49 51 60 73 (1500)  
75 410 35 47 55 59 66 520 (3000) 74 88 641 763 66 80 804  
(3000) 11 58 83 990.

30008 13 (300) 40 (300) 108 26 93 225 338 39 460 84 (300)  
500 3 85 90 (300) 643 75 (1500) 93 744 811 31 56 67 80 970.  
31017 53 115 27 207 31 41 334 (300) 66 416 28 (600) 694 (300)

818 (600) 907 55 32008 113 96 209 14 43 85 361 89 91 425  
53 508 64 (6000) 90 (300) 623 82 85 97 846 920 (300) 36 53 (1500)  
79. 33040 77 91 96 116 63 69 97 202 19 324 40 47 55 65 78 87  
462 86 (1500) 505 91 93 679 84 714 18 843. 34015 92 177 91  
284 359 91 562 97 (300) 630 792 831 905 20 (300) 49 58  
(1500). 35028 41 113 40 (300) 55 75 259 (1500) 329 97 420  
(1500) 29 63 81 540 (600) 66 (300) 604 25 37 67 68 710 99 839  
902 28. 36022 89 239 46 311 25 42 63 (1500) 88 410 27 692 (300)  
839 43 (300) 83 916 43 60 96 99. 37022 52 (300) 65 139 93 242 94  
322 31 (300) 58 (300) 59 85 401 (3000) 539 47 (300) 616 740 69  
912 (300) 98. 38066 (300) 89 96 131 52 87 (600) 230 37 62 344  
46 60 423 512 86 (300) 672 73 810 66 70 83 975 (300). 39063 65  
(3000) 80 104 (300) 13 37 227 348 402 16 24 (600) 579 629 33  
48 (300) 49 (300) 70 719 81 852 71 906.

40004 (300) 97 (300) 168 210 41 49 52 74 87 91 315 57 420  
48 62 75 538 618 701 818 34 83 926. 41000 36 93 215 50 312  
484 514 620 45 826 59 65 999. 42002 (600) 47 55 123 218 61  
(1500) 374 76 94 (300) 439 523 97 663 79 739 98. 43073 87 226  
41 (300) 383 468 516 66 67 95 654 715 819 71 (1500) 74 89 930  
37 74 (1500). 44031 90 211 60 (300) 87 306 9 35 52 57 80 93 442  
54 55 (300) 67 516 990. 45127 (3000) 42 (1500) 303 9 81 488  
(3000) 574 80 88 (300) 94 606 709 95 833. 46005 38 153 (600)  
253 71 74 93 351 82 591 643 94 (600) 750 864 81 961. 47029  
141 82 322 27 52 95 430 80 582 620 52 99 701 12 83 900  
(600). 48027 62 66 (300) 84 157 359 405 (600) 52 (300) 58 (1500)  
81 83 526 81 642 701 72 78 885 941 53. 49124 (300) 31 237  
(15000) 345 60 414 513 18 35 38 728 893 901.

50015 203 29 99 311 16 23 56 73 420 21 25 613 20 779 813  
(1500) 955. 51019 28 79 246 386 419 73 555 647 (600) 65 87 791 832  
916. 52014 93 127 96 (300) 332 60 410 24 47 98 513 35 69 83 92  
611 30 744 89 (600) 807 35 71 (300) 920 41 61. 53025 29 41 47 173  
263 333 56 422 32 518 62 635 800 37 39 (600) 905 10 80 90. 54004  
43 (300) 57 287 323 25 59 (600) 65 (300) 436 95 523 37 44 59 (300)  
600 (3000) 4 718 33 51 833 910 11 25 (1500) 34 (300) 42 45 81 97  
(600). 55028 32 39 217 (3000) 316 73 82 417 25 43 573 82 711 829  
57 (300) 82 929 43 (600) 91. 56021 (300) 70 106 78 233 330 84 421  
(3000) 46 529 72 916 318 (6000) 99 705 50 805 29 72 99 923 31.  
57012 46 140 213 71 336 421 75 (300) 511 32 61 616 (300) 77 701  
(3000) 29 36 38 312 34 (300) 82 89 (600) 409 73 89 533 40 610 22 37  
54 58 784 807 54 909 34 (600). 59010 (1500) 13 72 93 (3000) 104  
10 13 59 (300) 280 372 94 443 (600) 502 20 61 (300) 93 610 (1500) 13  
93 728 32 57 62 849 81 903 22 40.

60033 35 85 94 101 29 31 32 77 212 73 392 504 95 721 76  
(300) 827 58 63 77 901 (300) 87. 61003 (300) 6 (3000) 103 15  
24 70 206 23 (1500) 36 63 70 99 346 (600) 410 25 34 57 61  
(300) 84 87 (60). 503 57 646 (300) 48 55 81 700 7 36 43 (300)  
44 834 48 50 61 957 (300) 67 80 99. 62002 26 (600) 79 145  
61 95 229 (1

